



Fraktion in der Bezirksvertretung

*Frau Bezirksbürgermeisterin Ursula Abé
der Bezirksvertretung Cronenberg*

Es informiert Sie	Hans-Peter Abé
Anschrift	Hans-Peter Abé, Fraktionssprecher Hahnerberger Str. 9 42349 Wuppertal
Telefon (0202)	+49 202 400966
E-Mail	uhp.abe@online.de
Datum	17.10.2019
Drucks. Nr.	VO/0991/19 öffentlich

Zur Sitzung am	Gremium
30.10.19	BV Cronenberg

Erklärung des Klimanotstands in Wuppertal-Cronenberg

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin Abé,

die Bezirksvertretung Cronenberg

- a) erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an.
- b) erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- c) berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.
- d) **stellt fest, dass der 2016 verabschiedete Zeitplan im integrierten Klimaschutzkonzept (IKSK) bei einer Gesamtbetrachtung nicht eingehalten wird. Klimaschutz lässt sich nicht in rein territorialen Grenzen betrachten, und ein großer Teil der durch Cronenbergerinnen und Cronenberger verursachten Emissionen fällt außerhalb des Stadtteilgebietes an.**
- e) fordert den Oberbürgermeister auf, dem Stadtrat sowie den Bezirksvertretungen und der Öffentlichkeit **halbjährlich (im Rhythmus der Vorhabenliste)** über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.
- f) fordert auch andere Bezirksvertretungen und den Rat der Stadt Wuppertal auf, dem Cronenberger Vorbild zu folgen und den Klimanotstand auszurufen. Insbesondere macht die Cronenberger Bezirksvertretung Land und Bund darauf aufmerksam, dass ein vollständiges Einhalten der Klimaschutzziele auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen noch nicht möglich ist. Das vom so genannten „Klimakabinett“ beschlossene „Klimaschutzprogramm 2030“ reicht bei weitem nicht aus, um auf kommunaler Ebene die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz des Klimas zu ergreifen, die nötig und angemessen wären.

Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger, eine sozial gerecht ausgestaltete CO₂-Bepreisung auf dem von Wissenschaftler gefordertem Niveau, eine grundlegend veränderte Verkehrspolitik und eine klimaschutzkonforme Förderung des sozialen Wohnungsbaus würden hier das dringend benötigte Fundament legen.



SPD-Fraktion in der Bezirksvertretung Cronenberg

- g) fordert auch die städtischen Gesellschaften, insbesondere die WSW, die AWG und die GWG dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten im Klimaschutz auseinanderzusetzen und dazu regelmäßig Bericht zu erstatten.

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Peter Abé
Fraktionssprecher